

# GESAMTPERSONALRAT AKTUELL

Mitteilungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Personalräte und Frauenbeauftragten der bremischen Verwaltungen und Betriebe



Bremen



Auskunft erteilt: Burkhard Winsemann  
Telefon: 361-6394

-Rundschreiben Nr. 16 vom 14. Juni 2006

---

## Stellungnahme des Gesamtpersonalrats zu den Doppelhaushalten 2006/07 und zum Finanzrahmen 2005/09

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

als Anlage erhaltet ihr die Stellungnahme des Gesamtpersonalrats zu den Doppelhaushalten 2006/07 und zum Finanzrahmen 2005/09, die wir an den Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft, Christian Weber, am Vortag der Haushaltsberatungen in der Bremischen Bürgerschaft gerichtet haben.

Der Gesamtpersonalrat wendet sich darin gegen die im Rahmen der Haushalts- und Finanzplanung vorgesehenen weiteren Kürzungen im Personalbereich durch eine Verschärfung des Personalabbaus und weitere Einschnitte in die Einkommen der BeamtInnen und VersorgungsempfängerInnen. Er fordert, den Tarifkompromiss, der den Beschäftigten große Zugeständnisse abverlangt, jetzt auch auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen.

Ungeachtet deutlicher Veränderungen in der bremischen Haushaltspolitik, namentlich durch geringere Anschläge für Investitionsausgaben und durch realistischere Ansätze für konsumtive Ausgaben, bleibt aus Sicht des Gesamtpersonalrats kritikwürdig, dass abstrakte finanzpolitische Ziele in der Haushalts- und Finanzplanung



nach wie vor höher gewichtet werden als die konkret zu erfüllenden Aufgaben und die daraus resultierenden Ausgabennotwendigkeiten.

Bremen hat -wie die anderen öffentlichen Haushalte auch- kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem. Zur Lösung dieses Problems reicht es nicht aus, im Rahmen der geplanten zweiten Stufe der Föderalismusreform eine gerechtere Finanzverteilung und eine angemessenere Berücksichtigung der besonderen Situation der Stadtstaaten erreichen zu wollen. Die Steuereinnahmen müssen insgesamt verbessert werden. Der Senat ist deshalb aufgefordert, auf Bundesebene dafür einzutreten, dass Unternehmen und einkommens- und vermögensstarke Privathaushalte endlich wieder in angemessenem Umfang zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben herangezogen werden. Er muss darüber hinaus dafür sorgen, dass die bremische Steuerverwaltung in die Lage versetzt wird, die Steuergesetze auch möglichst lückenlos durchzusetzen. Dazu ist insbesondere eine bessere Personalausstattung bei der Betriebsprüfung erforderlich.

Wir bitten um Kenntnisnahme und Weitergabe an die Kolleginnen und Kollegen.

Mit kollegialen Grüßen

Edmund Mevissen  
Vorsitzender

Anlage